

Antrag

des Abg. Sandro Scheer u. a. AfD

Polizeieinsätze in Asylbewerberunterkünften

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie viele Polizeieinsätze es 2023, 2024 und im 1. Halbjahr 2025 in den Landesaufnahmestellen für Asylbewerber gab (bitte Gesamtzahl sowie differenziert nach Regierungsbezirken und innerhalb dieser nach den LEA und EA);
2. wie viele Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts auf Straftaten dabei eröffnet wurden (mit und ohne Verstöße gegen ausländerrechtliche/asylrechtliche Strafbestimmungen sowie innerhalb der „Allgemeinstraftaten“ wegen welcher Verstöße);
3. wie sich die Tatverdächtigen auf die zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten verteilen;
4. ob und ggf. wie viele Polizeibeamte dabei verletzt wurden;
5. wie viele Feuerwehreinsätze und Rettungsdiensteinsätze es 2023, 2024 und im 1. Halbjahr 2025 in den Landesaufnahmestellen für Asylbewerber gab (bitte Gesamtzahl sowie differenziert nach Regierungsbezirken und innerhalb dieser nach den LEA und EA);
6. wie viele Fehlalarme in den Zahlen aus Frage 5 enthalten sind (im Sinne von mutwilligem Missbrauch der Alarmierung, also ohne erkennbaren Anlass vor Ort)
7. falls ihr diese Zahlen vorliegen, wie viele Polizeieinsätze es in den o. g. Jahren in den Asylbewerberunterkünften der vorläufigen Unterbringung in den Kreisen und in der Anschlussunterbringung der Kommunen gab;
8. wie viele Straftaten die Statistik in den o. g. Jahren in der Tatörtlichkeit „Asylbewerberunterkunft“ oder ähnlich ausweist, mit und ohne ausländerrechtliche Verstöße;
9. welche Beträge in den staatlichen Erstaufnahmen in den o. g. Jahren zur Beseitigung von Vandalismusschäden einschließlich Neubeschaffung zerstörter Gemeinschaftseinrichtungen aufgewendet werden mussten;
10. wie viele Brände es in den o. g. Jahren in Einrichtungen der Asylantenunterbringung in Baden-Württemberg aufgrund welcher Ursachen mit welchem Gesamtschaden gab;
11. ob und welche Brandstifter (Bewohner oder Dritte) ermittelt werden konnten.

16.7.2025

Scheer, Lindenschmid, Balzer, Gögel, Baron AfD

Begründung

Aus anderen Ländern ist bekannt, dass Asylunterkünfte Kriminalitäts- bzw. Einsatzschwerpunkte von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten darstellen (so zum Beispiel Drucksache 8/299 Landtag Brandenburg, oder Zahlen aus Hamburg in der Welt vom 20. Februar 2024 „900 Polizeieinsätze in Hamburger Flüchtlingsunterkünften in nur neun Monaten“). Für Baden-Württemberg sollen vergleichbaren Zahlen ebenfalls erhoben werden.